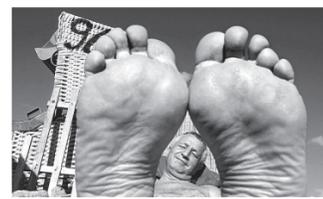


Die einen nennen es Bürgergeld, die anderen bedingungsloses Grundeinkommen. Manche reden von negativer Einkommenssteuer. An der Forderung danach scheiden sich auch in der Linken die Geister. **Seite 3**



### Mediengag

Bund und Länder haben den sogenannten Hochschulpakt beschlossen. **2** Interview mit Nele Hirsch

### Strafanzeigen

Russische Umweltschützer gegen Atom-  
mülltransporte aus deutscher  
Urananreicherungsanlage vor **4**

### Minilöhne

Ver.di kritisiert miese Bezahlung  
und Schikanen beim privaten  
Postdienstleister Jurex **9**

### Fortführung

Lenins dialektisches Konzept steht in  
einer langen philosophischen  
Tradition. Von Dogan Göçmen **10**

# Alle Kräne stehen still

Hamburger Hafen lahmgelegt: Mehr als 2 000 HHLA-Beschäftigte demonstrieren gegen geplanten Teilverkauf. Nächster Protest: »Dienst nach Vorschrift«. **Von Andreas Grünwald**



Auf der Straße gegen Privatisierung

**K**raftvoll, kampfbereit und entschlossen haben gestern mehr als 2 000 Beschäftigte der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) gegen den Plan des CDU-Senats demonstriert, 49,9 Prozent der Anteile des Unternehmens an Privatinvestoren zu verkaufen. Auf drei von vier der großen Containerterminals im Hamburger Hafen wurde mit Beginn der Frühschicht von sechs Uhr früh bis 15 Uhr nicht gearbeitet. Einfallreich hatten die Hafentarbeiter ihrem Ausstand eine Belegschaftsversammlung vorgeschaltet, denn der politische Streik wird in Deutschland als verboten angesehen. Doch das Recht auf Information ist geschützt. Geschützt war deshalb auch der Marsch zum HHLA-Aufsichtsrat, von dem die Hafentarbeiter eine Menge erfahren wollten.

Hält der Senat der Hansestadt an seinen Verkaufsplänen für die HHLA fest,

könnte es künftig zu weiteren derartigen Aktionen kommen. »Wir Hafentarbeiter sind sehr phantasievoll«, hatte HHLA-Konzernbetriebsratschef Arne Münster bereits am Vortag erklärt und dabei weitere Eskalationsstufen angedeutet. So komme ein »Dienst nach Vorschrift« in Betracht, der dazu führen würde, daß die Kräne demnächst häufiger stillstehen. Das würde die Kosten des Konflikts für Reeder und Hafentarbeiter und damit auch für den Senat explosionsartig in die Höhe treiben.

Bei Privatisierungen gehe es lediglich darum, »die Profitgier privater Unternehmer zu befriedigen«, so Katharina Ries-Heidtko, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats im Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), vor den versammelten Hafentarbeitern. Um »so eine Sauerei« zu verhindern, sei jedes Mittel recht. Eindrucksvoll schilderte

Ries-Heidtko, wie die Kliniken bereits von »Edelheuschrecken« erobert wurden. Die Folge seien Sozialdumping und Entlassungen gewesen. Das traf den Nerv der Hafentarbeiter, deren Wut und Empörung bei der anschließenden Demonstration deutlich zu spüren war. Am Rathaus angekommen gingen etliche Beschäftigte auf die dort postierten Polizisten zu. Sie fragten die Beamten, für wen sie eigentlich Dienst täten und was sie machen würden, wenn sie selbst von Entlassungen und Sozialabbau bedroht seien.

Die Wut ist verständlich. Schließlich ist klar: Die Teilprivatisierung – die von Bürgermeister Ole von Beust (CDU) noch am Tag zuvor in einer Bürgerschaftsdebatte mit dem Argument verteidigt worden war, nur so seien die Finanzierungsprobleme beim Bau neuer Kaianlagen zu lösen – ist der Einstieg in den Totalausverkauf des

traditionsreichen Unternehmens. Stolz sagen die Hafentarbeiter deshalb, daß die HHLA solche Investitionen auch aus eigener Kraft schultern könne. Das meint auch ver.di-Landeschef Wolfgang Rose. Dieser warnte zudem davor, daß der Hamburger Hafen in die Hände des internationalen Finanzspekulanten Dubai Ports World geraten könnte, der sich keine Gedanken um Arbeitsplätze oder lokale Infrastruktur machen werde. »Wir sind stolz auf unsere gute Arbeit«, sagte Bernt Kamin, Betriebsratschef im Gesamthafenbetrieb GHB, der die HHLA-Beschäftigten der Solidarität aller anderen Mitarbeiter der Hafenbetriebe versicherte. Niemand habe das Recht, »unsere Arbeit so in Frage zu stellen und unsere Arbeitsbedingungen so zu verschlechtern«, kritisierte Kamin. Die Hafentarbeiter hätten »einen Arsch in der Hose« und wüßten sich wirksam zu wehren, warnte er.

## Israel verweigert Hanija Einreise

**GAZA.** Dutzende bewaffnete Hamas-Kämpfer haben am Donnerstag den Übergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten besetzt. Sie reagierten damit auf die Schließung des Übergangs durch Israel, das nach Angaben von Sicherheitsdiensten die Rückkehr des palästinensischen Regierungschefs Ismail Hanija mit »Dutzenden Millionen Dollar« von Ägypten aus in den Gazastreifen verhindern wollte. Zeugen berichteten der Nachrichtenagentur AFP, bis zu 80 Hamas-Kämpfer und Sicherheitsleute des palästinensischen Innenministeriums hätten die Säle des Grenzübergangs besetzt. Die an dem Übergang stationierten EU-Beobachter suchten demnach Schutz »in einer Ecke«. Mitglieder der palästinensischen Präsidentschutzgarde hätten Warnschüsse in die Luft abgefeuert, es seien ihnen aber nicht gelungen, die Hamas-Leute zurückzudrängen. (AFP/W)

## Rente mit 67 auf dem Weg durchs Parlament



**BERLIN.** Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wird nach Erwartung von »Sozialminister« Franz Müntefering auch künftig nicht bis zum 67. Lebensjahr arbeiten. »Die meisten werden vor dem Höchsteintrittsalter in Rente gehen«, sagte der SPD-Politiker am Donnerstag bei der ersten Lesung der Gesetze zur Heraufsetzung des Rentenalters. »Die Frage ist halt, wieviel Geld sie dann haben«, so Müntefering lapidar.

Die Opposition kritisierte das Vorhaben unter anderem mit dem Argument, Ältere könnten gar nicht bis 67 arbeiten, weil es für sie keine Jobs gebe. Deshalb laufe das Vorhaben auf eine »verkappte Rentenkürzung« hinaus, erklärte Heinrich Kolb von der FDP. Linksfractionschef Gregor Gysi sagte, die Voraussetzungen am Arbeitsmarkt seien einfach nicht gegeben. (AP/W) ♦ Siehe Kommentar Seite 8

# Israelische Lizenz zum Killen

Oberster Gerichtshof in Jerusalem billigt der Armee zu, jederzeit Palästinenser gezielt zu töten

**E**in rechtlicher Freibrief, jederzeit Palästinenser zu töten, wurde nun der Armee Israels vom obersten Gerichtshof des Landes ausgestellt. Wie am Donnerstag bekannt wurde, lehnten es die drei zuständigen Richter in Jerusalem ab, ein Verbot der »gezielten Tötung militanter Palästinenser« auszusprechen, wie es von Menschenrechtsgruppen gefordert worden war, und erklärten zugleich »Tötungen« als »mit dem Völkerrecht vereinbar«. Voraussetzung sei lediglich, daß die »Identität der Zielperson«

bekannt sei. Zudem müßten mögliche Entschädigungen für unschuldige Opfer »in Betracht gezogen« werden.

Die obersten Richter billigten damit grundsätzlich die seit Jahren übliche Praxis der israelischen Streitkräfte in den palästinensischen Gebieten, ausgewählte Aktivisten oder Funktionäre der Palästinenser ohne Vorwarnung quasi hinzurichten. »Man kann nicht von vornherein sagen, daß gezielte Tötungen dem internationalen Recht widersprechen«, so das Urteil. Die »Rechtmäßigkeit« müsse von Fall zu

Fall entschieden werden. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem wurden auf diese Weise seit Beginn der zweiten Intifada vor sechs Jahren 210 palästinensische Kämpfer sowie 129 unbeteiligte Zivilisten von israelischen Spezialeinheiten umgebracht.

Zwei Menschenrechtsgruppen hatten gegen die nun juristisch legitimierten Morde geklagt. Anlaß war unter anderem ein Angriff im Juli 2002 auf ein als »Bombenbauer« bezeichnetes Hamas-Mitglied, das mit einer Ein-Tonnen-

Bombe getötet wurde. Dabei starben 14 weitere Menschen, unter ihnen neun Kinder. Menschenrechtsorganisationen forderten danach Anklagen gegen israelische Offiziere, darunter gegen den Generalstabschef Dan Halutz.

Die palästinensische Regierungspartei Hamas kritisierte das Urteil in einer ersten Reaktion als »rechtlichen Schutz für die terroristischen Handlungen der Regierung« Israels. Internationale Proteste gegen den einschneidenden Jerusalemer Richterspruch wurden nicht bekannt. (AFP/AP/W)

junge Welt wird herausgegeben von 599 Genossinnen und Genossen (Stand 6.12.06). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

